



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Inserationsgebühr für die Pettzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: G. Wollmann, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 19

Charlottenburg, den 6. Mai 1904

31. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Vollsperrre** besteht über Berlin, Galland Nachfolger, Inhaber Böhm. Tief u. Strauß, Fächerfabrik. Blechhammer (Bernhard Böhner). Schlierbach, Teitau (Sonntag u. Söhne). Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik). Wesel, Steingutfabrik.

Halbsperrren:

Alexandrinenthal (Firma Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gerike C. Schulz, Bauernmeister), Born (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. d. Oder (Paetsch), Freienortla, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Bogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langwieson, Neustadt bei Coburg, Deslau, Offenbach a. Main (Diezel, Lederwarenfabrik), Passau, Roschitz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Triptitz, Ueckendorf.

Bezüglich der Halbsperrren gelten folgende Bestimmungen:

1. Nach halbgesperrten Orten werden Fahrgelder gezahlt, wenn sonst nach dem Statut Anspruchsberechtigung vorliegt. Mitglieder, die in halbgesperrten Betrieben Arbeit nehmen, behalten in Bezug auf Unterstützung und Fahrgelder ihre statutarischen Rechte, wenn nicht ein Fall nach Ziffer 2 vorliegt.
2. Bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit wird weder Unterstützung noch Fahrgeld gewährt, bei Entlassung wegen Verbandslosigkeit nur dann, wenn diese Tätigkeit infolge besonderen direkten Auftrages des Vorstandes ausgeübt wurde.
3. Ueberall, wo die Unternehmer oder ihnen gefügte Werkzeuge unsere Mitglieder systematisch nötigen, von Unternehmern geschaffenen oder protegierten Vereinen, Unterstützungs- oder Zuschußklassen beizutreten, oder

wenn sie die nachgesuchte Einstellung in ihren Betrieb davon abhängig machen, ist den Mitgliedern der Beitritt zu solchen Vereinen bzw. Klassen gestattet. Mitglieder, welche es unterlassen von diesem Beitritt dem Vorstand sofort Mitteilung zu machen, würden allerdings ihre Anrechte im Verbandsverbande verlieren.

Soweit unsere Mitglieder in jenen Vereinen bzw. Klassen Anrechte auf Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung erwerben, tritt in unserem Verbandsverbande Kürzung der Unterstützung soweit ein, daß die beiderseitige Unterstützung den Betrag nicht übersteigt, in dessen Höhe das Mitglied in unserem Verbandsverband bzw. Beihilfefond versichert ist. Entsprechend einer Kürzung in der Höhe der Unterstützung oder Beihilfe wird dafür die Dauer der Bezugsberechtigung verlängert.

Wenn das Mitglied aus solchem Arbeitsverhältnis ausscheidet, also jenem Zwange nicht mehr unterliegt, muß es auch aus diesen Zwangsklassen ausscheiden, sobald seine mit dem Entlassungsfalle etwa verknüpften Ansprüche an diese Klassen befriedigt sind.

4. Alle Mitglieder, welche in Betrieben arbeiten (gleichviel, ob gesperrt oder nicht) wo sie ihre Mitgliedschaft verheimlichen müssen, sind verpflichtet, sich der Zahlstelle Berlin II anzuschließen, auch dann, wenn sich am Ort ihrer Beschäftigung eine Zahlstelle befindet. (Adresse des Kassierers: Karl Munt, Berlin SO., Reichenbergerstr. 28, Hof II.)

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Westen-Budweis — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steibl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar; in Königsfeld bei Brünn (Mähren): Firma Wollmann u. Cie., beide Emaillefabriken für Maler.

Das Aufsteigen des Arbeiterstandes.

I.

Es giebt noch immer Leute genug, die den ganzen Esprit ihrer sozialrevolutionären Gesinnung in dem bekannten tief sinnigen Satz zusammenfassen: „Es muß schlechter werden, ehe es besser wird.“ Der Sinn der in der Eröffnung solcher Perspektiven liegt, ist naturgemäß nur der, daß es das Schicksal der proletarischen Schichten sei, immer absoluter dem Elend, der Not und der Entbehrung und den damit zusammenhängenden Fiktionen preisgegeben zu werden. Soweit nun die Entwicklungsgeschichte des modernen Kapitalismus zurückreicht, unterliegt es auch keineswegs irgendwelchem Zweifel, daß die Tendenz des Letzteren auf eine schrankenlose Unterjochung und Ausnützung der Arbeiterschaft hinausläuft, und alle Wege die den Uebergang aus agrarischen oder kleinbetrieblichen Verhältnissen zur modernen Industrialisierung kennzeichnen, weisen die Spuren der physischen und geistigen Degeneration der proletarischen Schichten auf. Aus der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts geben uns Marx und Engels in dieser Hinsicht wertvolle Belege aus der Geschichte der Industrialisierung Englands, die zugleich einen vielseitigen Rückgang der körperlichen und intellektuellen Beschaffenheit, der unter derartigen Einwirkungen stehenden Bevölkerung, zur Folge hatte. Diese überall hervortretende Tendenz, wo der Kapitalismus seinen Siegeslauf antritt, beruht einfach auf dem inneren Wesen des Siegers selbst. Der Gott des Kapitalismus ist der Profit, und sein höchstes Sittengebot die Forderung nach Mehrwert. Mit welchen Mitteln sich dieses sehnsüchtige Verlangen durchsetzt, unterliegt nun, wenn man die trockenen Tatsachen abwägt, keinerlei Zweifel. Für die Höhe der Mehrwerttrate spielt zunächst, nationalökonomisch betrachtet, — die Summe der Produktionskosten, die der Unternehmer ver-

ausgab, eine wichtige Rolle. Diese selbst werden bestimmt durch die verschiedenen Naturumstände, unter denen sich die kapitalistische Warenproduktion in einer Branche vollzieht, einerseits, und durch die durchschnittliche Höhe des Arbeitslohnes andererseits. Da der Letztere zunächst ein variables Element ist, tritt nun hier das ganz natürliche Bestreben an den Tag, an der Summe der zu zahlenden Löhne zu sparen, indem man einfach die Zeitlöhne verkürzt, andererseits aber diese selbst in die in den Kreisen der Arbeiter sattemerkannten Akkordlöhne verwandelt und so dem Arbeiter die Pflicht aufzwingt, seine Leistungsfähigkeit bis zur letzten Grenze des Möglichen zu steigern.

In dieser aufgezeigten Tendenz liegt nun der Grund für den Niedergang ganzer Schichten der industriellen Bevölkerung, hier wirkt überlange Beschäftigung mit einer durch niedrige Löhne bedingten schlechten Lebensweise zusammen und erzeugt ein ganzes Heer von Krankheiten, daß nicht nur die lebende Generation schwächt, sondern speziell die Beschaffenheit jedes kommenden Nachwuchses ungünstig beeinflusst. Schon im Jahre 1893 hat Professor Dr. Herkner in seiner bekannten Schrift über „die Zukunft der Deutsch-Oesterreicher“ auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß im industriereichen Nordböhmen die Kindersterblichkeit weit größer sei, als in den landwirtschaftlichen Gegenden Oesterreichs, so daß hier der Mangel an Lebensenergie der Nachkommenschaft deutlich als eine Folge der verheerenden Wirkung des Industrialismus wahrzunehmen ist. Aber nicht allein in gesundheitlicher Beziehung ergeben sich eine Reihe von Nachteilen, die wir nicht erst näher zu präzisieren brauchen. Aus der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft verbunden mit dem Umstande, daß die moderne Maschinenarbeit den Arbeiter zu einem automatenhaften Prozeß verurteilt, ergibt sich als weitere Folge die Schädigung der geistigen Spannkraft, deren Vorhandensein ja immer einen frischen, ausgeruhten und gesunden Körper voraussetzt. Auf die Einwirkung, die sich aus vielen industriellen Beschäftigungsarten auf die geistige Entwicklung der Arbeiterschaft ergibt, hat auch der im Jahre 1903 verstorbene bestbekannte schweizerische Fabriksinspektor Dr. Schuller hingewiesen, indem er den Mangel an geistiger Regsamkeit bei vielen Arbeitern, auf die besondere Art ihrer aufreibenden industriellen Tätigkeit zurückführte.

Allein trotz aller dieser offenkundigen Tatsachen, die aus dem kapitalistischen Entwicklungsprozeß gefolgert werden müssen, läßt sich die Frage, ob mit Letzteren selbst notwendig die physische und geistige Degeneration der Arbeiterschaft verknüpft sei, nicht ohne weiteres bejahend beantworten. Vor wenigen Wochen erst beschäftigte sich ein hervorragender Fachmann, Dr. Grotjahn, in der „Medizinischen Reform“ mit diesem Gegenstande, indem er auf Grund seiner in dem ersten Industrielande, in England, gesammelten Studien, darauf verwies, daß die fortschreitende Industrialisierung keineswegs auch die fortschreitende geistige und körperliche Degeneration der Arbeiterschaft bedeute. Das was Grotjahn dort vorfand, ist vielmehr, wenigstens so weit die qualifizierte Arbeiterschaft in Betracht kommt, eine körperlich tüchtige und gesunde Menschenklasse, die auch keineswegs durch eine allzu hohe Sterblichkeit dezimiert wird. Faßt man hier die Äußerungen eines Fachmannes kurz zusammen, so kommt man übrigens zu einer Auffassung der Dinge, die auch bereits im „Erfurter Programm“ von Kautsky aus-

führlich begründet wurde, hier handelt es sich nämlich um die das Proletariat herabdrückenden und erhebenden Tendenzen. „Früher oder später“, sagt dort Kautsky, „tritt der Moment ein, wo die erhebenden Tendenzen entschieden die Oberhand gewinnen, und wenn diese Tendenzen einmal so weit wirksam geworden sind, daß sie in ihr das Selbstbewußtsein geweckt haben, das Klassenbewußtsein, das Bewußtsein der Solidarität aller ihrer Mitglieder untereinander und mit der gesamten Arbeiterklasse, das Bewußtsein der Kraft, die aus dem ersten Zusammenhalt entspringt, — sobald eine Proletarierschicht einmal soweit sich erhoben, dann hält es unendlich schwer, sie wieder in die stumpfe Masse jener verkommenen Existenzen hinabzustößen, die wohl hoffen, aber nicht zum ausdauernden Kampfe sich zusammengelassen können, die an sich und ihrer Zukunft verzweifelnd, im Nausch Vergessen suchen, die aus ihren Leiden nicht den Drang zu trotziger Empörung, sondern zur furchtsamen Unterwerfung schöpfen.“ Der Druck, der also die Arbeiterklasse wieder zwingt, erzeugt mit andern Worten eine neue Macht, den Gegenbruch, der eine Erhebung, wie wir in einen Schlußartikel sehen werden, glücklicherweise bewirkt. Fr. L.

Bestimmungen für die Agitationsbezirke des Verbandes.

§ 1. Die Agitationsbezirke dienen dem Zweck, unsere tätigen Genossen in deren Aufgabe zu unterstützen, die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder unausgesetzt zu betreiben und wirksam zu gestalten, sich um die Erhaltung der vorhandenen Mitglieder bezw. deren Festigung im Verbandsverbande, sowie um die Aufklärung über dessen Bestrebungen und über die Aufgaben der Gewerkschaften überhaupt unablässig zu bemühen.

§ 2. Die Feststellung bezw. Abgrenzung der Agitationsbezirke bleibt nach Anhörung der Mitglieder dem Vorstande überlassen.

§ 3. In allen Agitationsbezirken ist ein Bezirks-Vorort zu wählen.

Die Aufgaben des Vorortes sind:

Die Wahl einer Agitationskommission von drei Mann für den gesamten Bezirk aus den Mitgliedern des Vorortes, Absetzung von als untätig oder unfähig erwiesenen Kommissionsmitgliedern, Vornahme von Ergänzungswahlen für von der Kommission ausgeschiedene Mitglieder, Entgegennahme der Vierteljahrsberichte und daran knüpfende Kritik der Tätigkeit der Kommission.

Die Verbandsgenossen eines jeden Ortes haben einen Vertrauensmann zu wählen, welcher die Korrespondenz mit der Agitationskommission zu führen hat. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Agitationskommission ihres Bezirkes mitzuteilen.

In den Bundesstaaten, in welchen den politischen Vereinen verboten ist, in Verbindung zu treten, sind die Wahlen in öffentlicher Versammlung zu vollziehen.

§ 4. Die Agitationskommission hat die Agitation für den ganzen Bezirk unausgesetzt und planmäßig zu betreiben, insbesondere durch Flugblätter, Agitationschriften, Zirkulare, besondere Aufforderung durch die Presse, sowie durch Zuweisung von Rednern für die Agitationsversammlungen.

§ 5. Die Kommission hat eine ständige Referentenliste zu führen und darüber zu entscheiden, welche Personen als Agitationsredner unter den im § 7 Abs. 2 angegebenen Honorarbedingungen zugelassen sind. Zugelassen sind neben sonstigen geeigneten Genossen alle Mit-

glieder des Bezirkes, welche sich anbieten und von ihrer Zahlstelle empfohlen oder der Kommission sonst als fähig und geeignet bekannt sind.

Von den zugelassenen Personen hat die Kommission ein Verzeichnis allen Zahlstellen ihres Bezirkes und dem Verbandsvorstande zuzustellen, an beide Stellen auch von jeder Änderung des Verzeichnisses (Streichung oder neue Zulassung) sofort Kenntnis zu geben, ebenso an beide Stellen die Namen und Adressen der Kommission.

Dem Verbandsvorstand bleibt es vorbehalten, Personen, welche ihm als zur Agitation ungeeignet erscheinen, von der Liste der als Redner Zugelassenen zu streichen.

§ 6. Von allen Druckschriften und Zirkularen, welche die Kommission verbreitet, ist gleichzeitig ein Exemplar an den Verbandsvorstand zu senden. Bedient sich die Kommission der Presse, dann ist die betreffende Nummer des Blattes ebenfalls an den Verbandsvorstand zu senden.

§ 7. Für Vorträge von Mitgliedern in der eigenen Zahlstelle oder an Orten, welche nicht weiter als eine halbe Stunde von dieser und dem Wohnort des Referenten entfernt liegen, sind zwei Mark zu zahlen. Mitglieder, welche in ihrer eigenen Zahlstelle referieren wollen, brauchen nicht auf der Liste der seitens der Kommission Zugelassenen verzeichnet zu sein, sondern bedürfen nur der Zustimmung ihrer Zahlstellenverwaltungen.

Für Vorträge, welche von den auf den Referentenlisten verzeichneten Mitgliedern in Orten gehalten werden, die weiter als eine halbe Stunde von ihrer Zahlstelle und ihrem Wohnort gelegen sind, ebenso für alle Vorträge, welche von den auf den Referentenlisten verzeichneten Nichtmitgliedern gehalten werden, sind drei Mark nebst den eventuell erwachsenen Fahrkosten zu zahlen.

Die Kosten für die Agitation trägt die Verbandskasse, so daß aus dieser jede Zahlstelle ihren Referenten selbst bezahlt. Die der Agitationskommission erwachsenen Ausgaben deckt die Zahlstellenkasse des Vorortes. Zu größeren Ausgaben für Agitationsmaterial bedarf die Kommission der vorherigen Zustimmung des Verbandsvorstandes. Alle Zahlstellenkassierer haben die Ausgaben für Agitation unter dem Titel „Für Agitation“ unter Beifügung der Originalquittungen im Quartalsabschluß besonders in Ausgabe zu stellen.

Die Kosten für Vorträge von Nichtmitgliedern über wissenschaftliche Themas oder von hervorragenden Gewerkschaftsrednern, welche der Kommission nicht ständig zur Verfügung stehen und Anspruch auf höhere Bezahlung machen können, als unter § 8 zugestanden ist, haben die betreffenden Zahlstellen wie bisher in jedem Falle aus dem Bildungsfonds selbst zu tragen.

Auf keinen Fall dürfen Referate bezahlt werden, welche sich gegen das Statut oder die Generalversammlungsbeschlüsse richten oder sich auf Streitigkeiten innerhalb der Organisation beziehen oder Einwirkung auf ausgeschiedene oder geplante Mitgliederabstimmungen bezwecken oder sich mit Anträgen zur Generalversammlung beschäftigen.

§ 8. Von jeder geplanten Versammlung mit Vortrag hat der Vorsitzende der Zahlstelle selbst oder durch den Schriftführer dem Verbandsvorstand unter Angabe von Zeit, Ort und Thema Anzeige zu machen. Von jeder stattgefundenen Vortrags-Versammlung hat der Schriftführer baldigst einen kurzen Bericht an den Verbandsvorstand, sowie an die Agitationskommission zu senden. Der Bericht soll enthalten: Ungefähre Zahl der männlichen

und der weiblichen Teilnehmer, wieviel davon waren organisiert. Bericht über Vortrag (Thema, Leitfäden, Wirkung), das Bemerkenswerteste aus der Diskussion (Kritik des Vortrages, Anmerkungen, Ergänzungen, Widerspruch), sodas die Ansicht des Referenten und der Diskussionsredner klar hervortritt. Ersichtliche Wirkung des Vortrages a) auf die Mitglieder, b) auf die Unorganisierten. (In jeder Versammlung müssen Aufnahmefarten zur Stelle sein.)

Auch über jede später erst zu Tage tretende Wirkung (Berichte oder Entgegnungen in der Presse, Verhalten der Unternehmer, Beamten und der Berufsgenossen) ist dann zu berichten. Von allen Stättern, welche sich mit unserer Organisation, der Porzellan- und verwandten Industrie, der Lage und Haltung der Porzellanarbeiter beschäftigen, ist je ein Exemplar an den Verbandsvorstand und an die Kommission zu senden.

§ 9. Die Kommission hat vierteljährlich einer Mitgliederversammlung des Vorortes mündlichen Bericht zu erstatten über ihre Tätigkeit, an den Verbandsvorstand hat sie halbjährlich (nach Ablauf des 2. und 4. Quartals) einen schriftlichen Bericht zu geben über Art, Umfang und Erfolg ihrer Tätigkeit, unter Angabe, welche Art der Agitation sich als besonders fruchtbar und empfehlenswert erwiesen hat, über wahrnehmbare und vermeintliche Ursachen von Mißerfolgen oder der Abnahme der Mitgliederzahl im Bezirk oder in einzelnen Orten, sie soll dabei dem Verbandsvorstand Vorschläge machen und entsprechende Anträge stellen, wie eventuell von diesem einer allgemeinen oder örtlichen Teilnahmslosigkeit oder Gegenströmung entgegenzutreten wäre. Sie soll ferner berichten, über welche allgemein gewerkschaftliche oder statutarische Fragen an einzelnen Orten oder allgemein noch besondere Unklarheit vorherrschend erscheint.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Folgende Zahlstellen werden zur sofortigen Einsendung der **Verdienstlisten** und **statistischen Fragebogen** aufgefordert:

Althalbdenleben, Arzberg, Coburg, Elgersburg, Gräfenthal, Grünstadt, Hamm, Hüttensteinach, Kahla, Kahlhütte, Magdeburg, Manebach, Meuselbach, Neuhalbdenleben, Neuhaus, Oberkötzig, Pforzheim, Piesau, Probstzella, Rehau, Rudolstadt, Schmiedefeld, Sondershausen, Suhl, Waldsassen.

Statistische Fragebogen fehlen noch von Breslau, Charlottenburg, Hermsdorf, Rüpzig, Selb, Unterpörlitz.

W. Herden, Verbandskassierer.

128. Vorstandssitzung vom 19. April 1904.

Entschuldigt (krank) fehlt Thrams. Ein Bericht des Schriftführers über dessen Reise nach Lettau, Schney und Neustadt ist mit Kenntnisnahme erledigt; weitere Unterstüzungen nach Lettau werden nicht mehr bewilligt, weil der Vorstand der Auffassung ist, das die verhältnismäßig wenigen, noch am Plage befindlichen Arbeitslosen, auch bereits anderweitig plaziert sein könnten, sofern etwas mehr ernsthafter Wille dafür vorhanden wäre. Der Unternehmer in Lettau macht nach wie vor verzweifelte Anstrengungen brauchbare Arbeitskräfte zu erhalten, jedoch anscheinend ohne Erfolg. Die Sperre über die Firma bleibt bis auf Weiteres bestehen; von einer Beendigung des Kampfes kann für die Organisation unter den obwaltenden Umständen keine Rede sein. — In Hüttengrund, Firma Vöhner, drohen Lohnunterschieden bei den Isolatoren auszubrechen; der Schriftführer ist auf Ersuchen der Verwaltung von Neustadt nach Hüttengrund gegangen, um die Sachlage zu besprechen und vorläufige Anordnungen zu geben; der Vorstand erklärt sich damit einverstanden und bleibt das Weitere abzuwarten. — Ein Situationsbericht von Schlier-

bach ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Von Bohlenstrauß wird beantragt, zwei Mitgliedern der Selber Unterstüzungskasse beim event. Eintritt in unseren Verband, die in jener Klasse zurückgelegte Karenzzeit anzurechnen; das wird abgelehnt. — Die Sperre über Firma Diegel, Dffenbach a. M., wird auf Antrag der Zahlstelle aufgehoben. — Eine Zuschrift von Coblenz wird zur Kenntnis genommen und wird den dortigen Mitgliedern empfohlen, sich zunächst erst einmal unter sich selbst über die beregte Angelegenheit zu verständigen. — Eine Zuschrift des Vorsitzenden der Agitationskommission des 22. Bezirkes wird zur Kenntnis genommen und Beschlussfassung vertagt, weil näherer Aufschluß sich als notwendig erweist. — Eine Beschwerde der Zahlstelle Wunstedel wider den Redakteur der „A.“ wird vertagt. — Das Mitglied des österreichischen Verbandes Stich in Wien ersucht um Zustellung der „Ameise“ für den Preis von 0,50 Mk., pro Quartal; dies wird abgelehnt. — Ein Antrag auf Errichtung einer Zahlstelle in Friederichshagen wird vertagt und Rücksfrage beschlossen. — Ein Antrag der Agitationskommission des 7. Bezirkes, auch für dort eine Referentin zu beschaffen, soll berücksichtigt werden. — Ein Antrag der Zahlstelle Eisenach, den Arbeitsmarkt des Organs betreffend, wird abgelehnt. — Auf Anfrage der Zahlstelle Weiden, ob gegen ein früheres Mitglied der Zahlstelle, welches noch einige Broschüren abzuliefern hat, weitere Schritte unternommen werden sollen, wird beschlossen, dies der Zahlstelle zu überlassen. —

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Berlin. Zur Differenz bei Galland Nachfolger (Inhaber Böhm) ist zu berichten, das zurzeit Verhandlungen zu einer gütlichen Beilegung der Sache im Gange sind. Solange dieselben aber noch nicht perfekt geworden, muß Bezug ferngehalten werden. Die letzte Woche ist ein Maler Wilms angekommen und bei Böhm in Arbeit getreten. Derselbe giebt an, das er von seinem Bruder in Gifhorn aufgefordert wurde, die Stellung bei Böhm anzutreten. Während bei Böhm sich die Differenz ihrem Ende zuzuneigen scheint, drohen bei einer anderen Firma bereits wieder ernste Differenzen auszubrechen und wollen die Kollegen daher überall beachten, das nach Berlin nur durch den Arbeitsnachweis Stellung zu nehmen ist.

Bericht des Arbeitsnachweises von Berlin II pro 1. Quartal 1904. Vom 4. Quartal 1903 verblieben 24 Personen.

	Jan.	Febr.	März	Zuf.
Arbeitslose Kollegen	6	30	13	49
Offene Stellen	16	19	20	55
Besetzte Stellen	14	19	18	51
Nichtbesetzte Stellen	1 offen	1	1 offen	3
Selbst Beschäftigung				
gefunden	4	9	3	16
Abgereist	3	1	3	5
Gestrichen	1	—	1	2
Am Schluß noch eingeschrieben	12	16	7	—

Januar:

30 Personen waren 470 Tage arbeitslos, pro Kopf 15 Tage 6 Stunden.

Februar:

42 Personen waren 513 Tage arbeitslos, pro Kopf 12 Tage 2 Stunden.

März:

26 Personen waren 230 Tage arbeitslos, pro Kopf 8 Tage 8 1/3 Stunde

Der Gesamtausfall der Arbeitstage beträgt 1213 Tage, an Lohn 6065 Mk. Ausfall an Lohn:

	Januar	Februar	März	
	2350,—	2565,—	1150,—	Mk.
pro Kopf	78,33	61,07	44,23	„
nach 30 Mk. Minimallohn.				

Stellen wurden besetzt:

	Porz.	Glas Kunstgem.	Galv.-Plastik	Zuf.
Jan.	1	5	8	1
Febr.	3	2	13	—
März	6	7	5	—
				Zuf. 51

Die Ausgaben belaufen sich

für Zeitungen, Porto zc. auf 21,05 Mk.
für Entschädigung auf 25,00 „

Summa 46,05 Mk.

In der letzten Nummer der „Ameise“ las man wieder einiges über die berühmte **Porzellanfabrik Stokheim**. Der Artikelschreiber sagte zum Schluß: „wenn nicht zu raten, ist nicht zu helfen“, ein Ausdruck, den Schreiber dieser Zeilen schon öfter auf diese Fabrik gebraucht. Man kann bloß nicht begreifen, warum der Vorstand die Sperre über diese Bude aufhob, da die Verhältnisse in derselben, statt sich zu bessern, immer schlechter werden. Beschäftigt sind daselbst nur 2—3 Porzellanarbeiter und einen Arbeiter dahin zu schicken heißt, denselben nach Sibirien verbannen, und da glaube ich, wäre es am zweckmäßigsten, diese feine Firma den Unorganisierten zu überlassen.

Nach meiner Berechnung sind nach Stokheim von 1901 bis 1902 zirka 300 Mk. an Umzugs-, Fahr- und Unterstüzungskosten bezahlt worden.

Das Herr Hellwig bloß Verheiratete sucht, hat seinen Grund darin, weil er weiß, das eine Familie aus diesem Sibirien nicht so leicht fort kann, als ein Lediger und weil die Frau des Verheirateten der Not gehorchend unbedingt fleißig mitschufsten muß. Am Sonnabend wird so ein Mann mitsamt seiner Frau mit stolzen 5—10 Mk. abgesspeist, manchmal giebt es auch garnichts.

Da nun der Vorstand über diese Bude die Sperre aufgehoben hat, so warne ich jeden Verheirateten in seinem eigenen Interesse, nicht sich und seine Familie unglücklich zu machen und daher diese Bude zu meiden. — Einer, der's kennen gelernt hat.

Schauberg. In letzter Zeit ist auch bei uns der Versammlungsbesuch ein recht flauer geworden, indem stets nur immer ein und dieselben Mitglieder anwesend sind. Verschiedene hatten es überhaupt nicht der Mühe wert, eine Versammlung zu besuchen, setzen sich aber während der Versammlung in die anstößende Gaststube zum Skat oder treiben Bierbankpolitik. Ist die Präsenzliste verlesen, was gewöhnlich in der Mitte der Versammlung geschieht, so verlassen viele Mitglieder, trotzdem noch wichtige Punkte zu erledigen sind, vielleicht um sich nicht an solchen Debatten, wie z. B. Arbeitsverhältnisse betreffend, beteiligen zu müssen, die Versammlung. Das unter solchen Umständen jede Bewegung, alles gewerkschaftliche Leben aufgehört, muß Jedem einleuchten. Darum Mitglieder, denkt an Euch und eure Kinder, erscheint vollzählig in der Versammlung und beteiligt Euch lebhaft an den Debatten.

Frankreich. Die Porzellanarbeiter von Bruère-Allichamps stehen in der Zahl von 180 im Ausstand. Sie hatten eine Erhöhung ihres Lohnes um 20 Centimes pro Tag gefordert; diese Erhöhung hätte ihren Tagelohn auf 2,50 Frank (2,10 Mk.) gebracht. Später ermäßigten sie ihre Forderung auf 10 Centimes Zulage pro Tag und riefen das Bürgermeisteramt zur Vermittelung an. Die Unternehmer lehnten jedoch sowohl jede Lohn-erhöhung, als auch jede Unterhandlung ab; die Organisation der Arbeiter weigerten sie sich anzuerkennen. So blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als in den Streik einzutreten. Aber auch jetzt noch

machten sie den Versuch zu einer Verständigung, indem sie alle Forderungen fallen ließen und nur verlangten, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Maßregelungen wegen Teilnahme am Streik vorgenommen werden sollten. Auch dies lehnten die starrköpfigen Unternehmer rundweg ab.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Wirtschaftliche Rundschau. Verschiedene Tatsachen und Anzeichen veranlassen uns wieder einmal, die Aufmerksamkeit auf eine internationale Seite des Arbeitsmarktes zu lenken, und zwar auf die neuerdings sich häufenden staatlichen Eingriffe in die Einwanderung und Auswanderung.

Die großen, mit der Ausbildung der Verkehrsmittel immer lebhafter gewordenen Wanderbewegungen und Bevölkerungsschiebungen von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil sind allerdings keineswegs ausschließlich Bewegungen der Ware Lohn-Arbeitskraft. Es strömen nicht nur Lohnarbeiter von den Staaten schlechter Bezahlung und ungenügender Erwerbsgelegenheit ab, um sich den Ländern stärkerer Nachfrage und günstigerer Entlohnung zuzuwenden. Noch stärker fließt vielfach der Strom von unzufriedenen, gedrückten, halb oder fast ganz enteigneten Bauern, selbständigen Handwerkern und Kleinhändlern, die in der neuen Heimat wiederum ihre Scholle bestellen oder ihr eigenes Geschäft betreiben wollen. Aber gerade in unseren fortgeschrittensten Industriestaaten bilden die „Anselbständigen“ in Gewerbe und Landwirtschaft den eigentlichen Kern der Auswanderung, die immerhin stark genug ist, um auf den inneren Arbeitsmarkt nicht ohne Eindruck zu bleiben. Englische Gewerkschaften haben sogar zeitweise das Ueberangebot von „Händen“ durch organisierte Auswanderung zu mildern gesucht, während z. B. zurzeit der großen Baumwollkatastrophe der sechziger Jahre „die Herren Fabrikanten die Emigration der Fabrikarbeiter, selbst von Staatswegen, zu verhindern suchten“. (Mary.)

Umgekehrt kann man natürlich im Einwanderungslande unter Umständen die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, das Anschwellen der industriellen Reservearmee fürchten. Von Zeit zu Zeit erleben wir daher in solchen Erdstrichen eine gesetzgeberische Eindämmung der eindringenden Menschenflut — oft unter Führung der eingeborenen Arbeiterschaft und alsdann vorwiegend im Hinblick auf die Festhaltung des bestehenden höheren Lohnniveaus — oft jedoch auch aus allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Erwägungen: man hat nur noch wenig Land an Farmen zu vergeben, man kann die in Sprache und Gesittung völlig andersartigen, mitunter geradezu halbbarbarischen Elemente nicht mehr ohne andauernde Störungen und Reibungen in das gegebene staatsbürgerliche Gefüge eingliedern. Alle solche Beschränkungen und Verbote wirken wiederum auf die Länder der Abwanderung, und entsprechend auch auf deren Arbeitsmarkt zurück.

Allem Anschein nach haben wir demnächst an dem Hauptziel der Europamüden, in den Vereinigten Staaten, mit der Aufrichtung neuer Einlaßschränken zu rechnen. Anträge liegen dem Kongreß schon vor und sie sind in der Tat aus den letztjährigen amerikanischen Erfahrungen leicht erklärlich. Die Vereinigten Staaten erzeugen heute aus sich selber heraus bereits einen jährlichen Bevölkerungszuwachs (einen Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen) von mehr als 1 Million Menschen. Die an bäuerliche Ansiedler zu vergebenden Ländereien sind arg zusammengeschmolzen

und oft nach Lage und Bodengüte kaum noch der Bestiehung wert; die nie ruhende bäuerliche Völkerwanderung ergießt sich sogar schon über die Unionsgrenzen nach dem britischen Nordamerika (nach Canada.) Dennoch erreichte im Fiskaljahr 1903 (mit dem 30. Juni 1903 endend) die Einwanderungsziffer einen erstaunlichen Höhepunkt. Nicht weniger wie 857 046 Menschen waren in dem einen Jahre der Union noch von außen her zugeströmt. Das stellt alles bisher Gekannte in den Schatten. 1842 überschritt die Einwanderungsziffer zum ersten Male 100 000 (104 565). Bis 1854 wuchs sie dann, und zwar bis auf 427 833. Die Ebbe und Verminderung hielt darauf an bis nach dem Bürgerkrieg; die Untergrenze bildete das Jahr 1862 mit 72 183 fremden Ankömmlingen. Die wiederkehrende gute Zeit brachte immer neue Scharen herbei; der Gipfel (1873: 459 803) überragte wieder das letzte Maximum aus den fünfziger Jahren. Die Krisis der siebziger Jahre war gerade in Amerika eine so furchtbare, daß der sonst zu erwartende Menschenzufluß ausblieb; die Ziffern vielen sogar rapid, zuletzt bis auf 138 469 im Jahre 1878. Dann folgt eine neue außerordentliche Vermehrung bis 1882 (788 992), dann ein abermaliger Rückgang bis 1886 (334 203), darauf wieder eine Belebung, besonders fühlbar im Jahre 1888 und 1891 (560 319). Bis 1898 herrscht darauf wieder die Depression vor, die Einwanderungsziffer fällt zuletzt wieder auf 229 299 herunter. Dann setzt die Aufwärtsbewegung mit voller Kraft ein, um in dem Rekordjahr 1903 alles bisher Erlebte weit zu überbieten. Der Rückschlag scheint nunmehr gekommen, teilweise vollzieht sich sogar eine, wenn auch spärliche Rückwanderung Enttäuschter und Unbefriedigter. Die neue beschränkende Gesetzgebung ist jedoch bereits im Gange und sie wird wahrscheinlich nicht ohne praktisches dauerndes Ergebnis bleiben.

Die australische Politik zeigt gleichfalls auf unserem Gebiete seit Jahren eine immer größere Schroffheit. Doch sei das nur nebenher erwähnt, da deutsche Arbeiter Australien kaum ja als Auswanderungsziel wählen.

Seltener Weise hat sich nunmehr England diesem Vorgehen, wenn zunächst auch in äußerst bedächtiger Weise angegeschlossen. Die Agitation gegen gewisse Arten von „Fremdarbeit“ ist auch jenseits des Kanals bereits alt, vor allem gegen die jüdisch-osteuropäische Einwanderung, aus der sich das Schwitzsystem der großen Küstenstädte, mit London an der Spitze, seine Opfer mit Vorliebe aufgreift. Schon 1888 beriet eine Enquete-Kommission über etwa zu empfehlenden immigration restrictions; sie sah von bestimmten Vorschlägen ab, empfahl jedoch, die Frage ernstlich weiter im Auge zu behalten. 1894 brachte Lord Salisbury einen Entwurf vor das Oberhaus, doch scheiterte er am Widerstand Lord Rosebery's, des damaligen Premierministers. Seitdem wiederholten sich die Anläufe in kürzeren Abständen, bis nunmehr eine förmliche Vorlage der Regierung, gestützt auf eine anscheinend feste parlamentarische Mehrheit, daraus geworden ist. Leuten mit anrüchiger Vergangenheit und Gegenwart, Subsistenzlosen, die vermutlich den Steuerzahlern zur Last fallen, und noch andern „unerwünschten Fremden“ kann die Landung versagt werden; auch noch während der ersten zwei Jahre des Aufenthaltes darf die Ausweisung erfolgen. Schon diese Bestimmungen können, je nach der Handhabung, ziemlich einschneidend wirken. Unleugbar jedoch läuft danebenher noch eine viel tiefer gehende Bewegung gegen

die Einwanderungsfreiheit und die Chamberlain'sche Agitation stachelt alle solchen Absperrungsgelüste zu weiteren Forderungen an, um in sonst unzugänglichen Bevölkerungsschichten Bundesgenossen für die Schutzpolitik zu erwerben. Seitdem Englands Wirtschaftsentwicklung langsamer verläuft und in einzelnen Produktionszweigen sogar recht bedenkliche Rückgänge zeigt, empfindet man die beinahe 300 000 Ausländer, die in England wohnen, viel mehr als Last und Konkurrenz, wie als erfreulichen Kräftezuwachs. Auch hier wird man also mit einer Verschärfung der Hemmnisse zu rechnen haben.

In anderen Erdstrichen, wie in Südafrika, schränkt sich der Spielraum der europäischen Einwanderung dadurch ein, daß man die Chinesenzufuhr staatlich begünstigt und organisiert.

Selbst Länder mit geringem Bevölkerungszuwachs, wie Frankreich, errichten immer neue Schranken gegen die Ausbreitung des ausländischen Bevölkerungselements.

Schließlich wird überall auch der Arbeitsmarkt von solchen Vorgängen beeinflusst werden, und im allgemeinen müssen sich in Zukunft die Arbeiter noch intensiver als früher innerhalb des nationalen Rahmens betätigen: „macht hier das Leben gut und schön, kein Jenseits gibt's“, auf das man so stark wie bisher als Abzugsventil rechnen könnte, wenn die heimische Nachfrage nach Arbeit zusammenschrumpft und versagt.

* * *

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch eines eigenartigen „Seekrieges“ zwischen deutscher und englischer Rhederei gedenken.

Die österreichisch-ungarische Auswanderung wählte bekanntlich massenhaft zu Ausgangspunkten ihrer Seefahrt die deutschen Häfen, in erster Linie Bremen, dann Hamburg; die Hanseaten sind von jeher an diesem Menschenexport reich geworden. Nun strebt jedoch Ungarn mit aller Kraft danach, seinen Hafen Triume zu einem großen Weltverkehrsplatz zu erheben. Auch das neue Auswanderungsgesetz ist ganz auf dieses Ziel zugeschnitten; es bereitet allen Auswanderungslustigen, die nicht über Triume reisen, ziemliche Schwierigkeiten. Weiter hat die ungarische Regierung, um die neue Linie über den Dzean in Gang zu bringen, mit deutschen und englischen Schiffahrtsgesellschaften über die zu gewährende Subvention verhandelt und dabei hat, zur aufrichtigen Betrübniß des Herrn Ballin, die englische Cunardgesellschaft den Sieg errufen. In erster Reihe hat die ungarische Regierung, nach den Informationen der „Woff. Ztg.“, die Bürgerschaft übernommen, daß jährlich die Schiffe der Cunard-Linie von mindestens 30 000 Auswanderern in Anspruch genommen werden. Sollte die Zahl der Auswanderer über Triume unter 30 000 im Jahre bleiben, so zahlt Ungarn der Cunard-Linie für jede fehlende Person 100 Kronen Entschädigung. Dies bedeutet mit anderen Worten, daß Ungarn der Cunard-Linie jährlich mindestens 5 Millionen Kronen sichere Einnahme garantiert, da jeder Auswanderer für die Ueberfahrt 180 Kronen zu zahlen hat. Wenn auch die Cunard-Linie von diesen 180 Kronen 10 Kronen für den ungarischen Auswandererfonds zu zahlen hat, so fällt das gegenüber den Vorteilen, die ihr aus dem Vertrage erwachsen, nicht ins Gewicht. Der Vertrag soll auf 10 Jahre abgeschlossen werden. Für diese Begünstigungen hat die Cunard-Linie nur die eine Verpflichtung übernommen, daß sie alle zwei Wochen ein Schiff aus Triume nach den Vereinigten Staaten abgehen läßt.

Diese staatlich subventionierte Auswanderung von Ungarn, Slavonien, Galizien, läuft natürlich den augenblicklich in Amerika vorherrschenden Beschränkungstendenzen schmerzhaft zuwider. Vielleicht hat auch Herr Ballin, als Verbündeter Morgans, seine Freunde in Washington. Kurzum, dem Repräsentantenhaus ist vor ein paar Tagen ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach, im Falle der Ankunft mit einer staatlich subventionierten fremden Linie, der Ausländer außer der Kopfsteuer von 2 Dollars noch einen Steuerzuschlag von 30 Dollars zu zahlen hat.

Dieses Spiel von Stoß und Gegenstoß kennen wir schon aus der Geschichte der Ausfuhrprämien: was Europa an Zuckerprämie der Ausfuhr mit auf den Weg gab, nahm Amerika als Zollzuschlag wieder bei der Einfuhr mehr ab. Aber wer hätte vor zwei oder drei Jahrzehnten noch voraussehen können, daß auch der Einfuhr der Ware Arbeitskraft, der Ware aller Waren, jenseits des Ozeans so ernsthafte Schwierigkeiten bereitet werden könnten?

Berlin, 24. April 1904.

Max Schippel.

* Getäuschte Ärzte. Bei den Unfallsstreitsachen gehen die Urteile der Ärzte über den Zusammenhang einer nach dem Unfall unmittelbar auftretenden Erkrankung oft weit auseinander, und es mag zugegeben werden, daß es schwierige Fälle giebt, wo der Arzt sehr im Zweifel sein kann, wie weit und ob der Unfall die Erkrankung verursacht hat. Ueberraschen muß es aber, wenn, wie in der nachfolgenden Sache geschildert werden soll, die von der Berufsgenossenschaft angestellten Ärzte eine schon weit in der Entwicklung fortgeschrittene Krankheit nicht erkennen wollen, und einen Mann, der Symptome einer schweren Geisteskrankheit zeigt, für vollständig arbeitsfähig erachten, die krankhaften Erscheinungen als eine schwere Simulation bezeichnen. Der Tatbestand ist folgender:

Der Bergarbeiter Klapper erlitt am 23. Februar 1901 dadurch einen Unfall, daß er beim Kesselreinigen ungefähr 2 1/2 Meter herabfiel, wobei er sich einen Bruch der linken Rippe und ein 7 Centimeter lange Kopfwunde zuzog. Der Verletzte blieb eine Zeit lang bestimmungslos liegen und wurde dann mit Unterstützung seiner Mitarbeiter zum Arzt gebracht, der die Aufnahme in das katholische Krankenhaus zu Bochum verfügte. Hier verblieb der Verletzte 9 Monate lang in Behandlung.

Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus setzt nun ein verzweifelter Kampf um die Rente an.

Die Berufsgenossenschaft gewährte dem Verletzten bis zum 5. August 1902 eine 50 prozentige Rente und lehnte für die Folgezeit weitere Entschädigungen ab.

Für die schwankende ärztliche Beurteilung des Zustandes des Mannes geben wir folgende Auszüge aus den Gutachten wieder:

Am 12. November 1901 schätzt Dr. B., der dirigierende Arzt des Bochumer Krankenhauses, die Erwerbsbeeinträchtigung des Mannes auf 50 pCt.; er giebt an, daß die Kopfwunde gut verheilt sei, nur habe sich beim Patienten eine beschleunigte Herzstätigkeit eingestellt.

Am 13. Januar 1902 bemerkt der Knappschafstärker Dr. C. in seinem Gutachten: Wenn die Kopfverletzung vom 23. Februar 1901 festgestellt werden kann, so muß Klapper als vollständig erwerbsunfähig vorab bezeichnet werden. Des weiteren wird in dem Gutachten dargelegt, daß der Patient über

Schwindelanfälle klagt, die er auf seine Schädelverletzung zurückführt.

In einem weiteren Gutachten vom 20. Februar 1902 schildert derselbe Arzt, daß Klapper nur mühsam und vorsichtig gestützt auf seinen Stock sich fortbewegt; er müsse seinen bisherigen Verdacht, daß der Patient simuliere, nunmehr nach mehrfach eingehender Untersuchung fallen lassen und den K. für vollständig erwerbsunfähig halten.

Einige Tage später, am 22. Februar 1902, konstatiert Dr. B. ein auffälliges Symptom einer Pupillendifferenz. Die linke Pupille ist größer wie die rechte und reagiert dabei nur sehr mangelhaft auf Lichteinfall. Dieser Befund ist nur zu deuten als Symptom einer Gehirnaffektion, die wohl zweifelsohne mit der seinerzeit erlittenen Schädelverletzung im ursächlichen Zusammenhang steht.

Am 15. März 1902 glaubt der Augenarzt Dr. Goller die Feststellung machen zu können, daß der Verletzte durch Einträufeln von Atropin in die Augen einen Täuschungsversuch berart unternimmt, daß dadurch eine Erweiterung und Starrheit der Pupillen eintritt, also eine Simulation der schlimmsten Art vorliegt.

Mittlerweile war noch von anderer Seite die Behauptung aufgestellt, daß der Verletzte auch Mittel anwende, um die Herzstätigkeit zu beschleunigen und somit auch nach der Richtung die Ärzte zu täuschen versuche.

Die Berufsgenossenschaft überwies nun den Verletzten in ihre Heilanstalt Bergmannsheil, die unter Leitung des bekannten Professors Löffler steht. Hier wurde nun ein Gutachten mit Hinzuziehung des Assistenzarztes Dr. Ruse fabriziert, und als dritter der schon in der Sache gehörte Dr. C. eingeladen.

In dem Gutachten der drei Ärzte wird bemerkt: Daß der Patient das Schwanke bei geschlossenen Augen simuliere, die Kopfverletzung sei eine ganz unerhebliche gewesen. Die Ärzte seien daher der Ansicht, daß keine Verschlimmerung in dem Zustande des Mannes eingetreten sei, sondern lediglich ein Täuschungsversuch vorliege.

Es hatte somit Dr. C. die vorher gewonnenen Ergebnisse seiner Untersuchung, die er sogar als eingehende bezeichnete, aufgegeben. Sicherlich war dazu das Mittel, das die Berufsgenossenschaft einschlug, ein sehr geeignetes; denn Dr. C. war der Arzt, der bisher in eingehender überzeugender Weise einen dem Verletzten sehr günstigen Standpunkt eingenommen hatte. Die Berufsgenossenschaft versuchte diesen unbequemen Gutachter dadurch zu beseitigen, daß sie ihn in das Kollegium Löffler-Ruse einfügte und die wissenschaftliche Ueberzeugung dieser Angestellten der Berufsgenossenschaft auf Dr. C. wirken ließ. Mit welchem Erfolg, zeigt das obengenannte Gutachten.

Damit waren die Beweismittel für die Berufsgenossenschaft zu einem günstigen Abschluß dirigiert.

Ein weiteres Gutachten, ausgestellt von Dr. B. am 27. November 1902, konstatiert, daß der Verletzte nur Arbeiten über Tag verrichten kann, im geschlossenen Raum wegen des Blutandrangs jede Beschäftigung ausgeschlossen sei.

Schließlich wurde der Verletzte am 13. Januar 1903 als Geisteskranker in das Bochumer Krankenhaus abermals eingewiesen und nach seiner Entlassung aus diesem Krankenhaus konstatiert Dr. B., daß Klapper die Ärzte in gröblicher Weise getäuscht habe, eine Erwerbsbeeinträchtigung sei nicht vorhanden, die Erkrankung auch nicht auf den Unfall zurückzuführen.

Mittlerweile verschlimmerte sich der Zustand des Klapper derart, daß er der Provinzial-Irrenanstalt überwiesen werden mußte.

Während der Zeit hatte das Schiedsgericht den Bescheid der Berufsgenossenschaft bestätigt; eine Rente über die Zeit vom 5. August 1902 nicht gewährt, indem es sich im wesentlichen auf die Gutachten Löffler und Genossen stützte, die Täuschung und Simulation, aber keine Krankheit des Verletzten konstatierten.

Vom Reichsversicherungsamt wurde nun aus der Provinzial-Irrenanstalt ein Gutachten eingefordert, aus dem hervorging, daß alle die Annahmen der Vorgutachter, daß Klapper in raffinierter Weise zu täuschen versuche, unrichtig seien, vielmehr die Symptome, die man für Täuschung annahm, eine Bestätigung des ganzen Krankheitszustandes bildeten. Außerdem wurde auf das Bestimmteste von dem Gutachter erklärt, daß das Leiden im ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall stehe.

Das Schiedsgerichtsurteil war am 23. September 1902 gefällt. Endlich am 8. April 1904 kam das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt unter Vorsitz des Direktor Pfarrus zu einem vorläufigen Abschluß. Das Reichsversicherungsamt entschied nämlich leider nicht über die Höhe der Rente, sondern verurteilte die Berufsgenossenschaft im Prinzip zu einer Writergewährung der Rente.

Sicherlich ist anzunehmen, daß sich die Berufsgenossenschaft sträuben wird, eine Rente zu gewähren, die den Verhältnissen entspricht, und so hat die Familie des Verletzten die Aussicht, nach einem neuen Streitverfahren, das sich abermals ein Jahr lang hinziehen kann, erst in den Genuß einer rechtmäßigen Rente zu treten.

Vom Vertreter des Zentral-Arbeitersekretariats wurde das Verfahren der Berufsgenossenschaft und ihrer Ärzte einer herben Kritik unterworfen. Man muß sich erstaunt fragen, ist es wirklich nicht möglich, eine schwere Geisteskrankheit festzustellen, und in diesem Falle Simulation von ernstesten Krankheitssymptomen auseinanderzuhalten. Bei einer so tieftraurigen Sache hing es von einem Zufall ab, daß die Familie des Verletzten in den Genuß der Rente kam, denn bei dem Geisteszustand konnte der Arbeiter leicht das Rechtsmittel des Rekurses unbenutzt lassen, das Schiedsgerichtsurteil wäre rechtskräftig geworden und damit für alle Zeit der Anspruch auf Rente abgelehnt. Geradezu ungeheuerlich erscheint, wie die Ärzte der Berufsgenossenschaft zu der Behauptung kommen konnten, der Kranke wende bestimmte Mittel an, um sie zu täuschen. Hätte sich in diesem Fall nicht das Bochumer Arbeitersekretariat eifrig der Sache angenommen, der Arbeiter wäre ein Opfer der „getäuschten Ärzte“ geworden.

* Internationaler Sozialistischer und Arbeiterkongreß. Das internationale sozialistische Bureau erläßt die Einladung zu dem Internationalen Sozialistischen und Arbeiterkongreß, der vom 14. bis 20. August in Amsterdam (Konzerthaus) stattfindet. Es ist folgende Tagesordnung vorgeschrieben:

1. Prüfung der Mandate;
2. Wahl des Bureau, Bildung der Sectionen, Feststellung der Tagesordnung;
3. Bericht des Sekretariats;
4. Berichte der Nationen;
5. Internationale Regeln der sozialistischen Politik, Resolution über die Taktik der Partei (Frankreich);
6. Kolonialpolitik (England und Holland);
7. Auswanderung und Einwanderung (Argentinien);

8. Generalfreie (Frankreich und Holland);
9. Sozialpolitik und Arbeiterversicherung (Deutschland) — Der Achtfundentag (Dänemark);
10. Trübsal und Arbeitslosigkeit (Vereinigte Staaten von Amerika);
Verschiedene Fragen.
11. Schutz Zoll und Freihandel (Unabhängige Arbeiterpartei Englands);
12. Militarismus (Unabhängige Arbeiterpartei Englands);
13. Der Klerikalismus und die Schulen (Sozialdemokratische Federation von England);
14. Gewerkschaftsbewegung und Politik (Gesellschaft der Fabier von England);
15. Internationale Schiedsgerichte (Unabhängige Arbeiterpartei von England);
16. Arbeiterwohnungen (Nationaler Verein für Arbeiterwohnungen in England);
17. Internationale Solidarität (Verein der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialisten in der Schweiz).

Das Bureau erinnert alle sozialistischen Vereinigungen und die gewerkschaftlichen Organisationen an die auf dem Londoner Kongress (1896) gefassten Resolutionen, die 1899 auf der brüsseler Konferenz ergänzt und vom pariser Kongress (1900) bestätigt wurden, und welche die Zulassung zu den internationalen Kongressen folgendermaßen regeln:

Londoner Resolution: 1. Die Vertreter von Organisationen, die sich als Ziel gesteckt haben, an Stelle der kapitalistischen Eigentumsordnung und Produktionsweise die sozialistische zu setzen und welche die gesetzgeberische und parlamentarische Aktion als eines der Mittel betrachten, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen.

2. Die Vertreter der rein gewerkschaftlichen Organisationen („Trade-Union“) die ohne am politischen Kampf teilzunehmen, die Notwendigkeit der gesetzgeberischen und parlamentarischen Aktion anerkennen. Die Anarchisten sind ausgeschlossen.

Brüsseler Resolution: 1. Alle Vereinigungen, die Anhänger der wichtigsten Grundsätze des Sozialismus sind: Vergesellschaftung der Produktions- und Tauschmittel; einheitliche und gemeinsame internationale Aktion der Arbeiter; sozialistische Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat.

2. Alle beruflichen Organisationen, welche sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also der gesetzgeberischen und parlamentarischen Aktion anerkennen, obwohl sie nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung teilnehmen.

Versammlungsberichte etc.

Berlin II. Die letzte Zahlstellenversammlung vom 28. April war von 84 Mitgliedern besucht. Nach Erledigung kleiner geschäftlicher Mitteilungen befaßte sich die Versammlung mit dem Streit der Kollegen bei Galland Nachfolger und nahm die Berichte und entsprechenden Maßnahmen, welche Lohnkommission und Verwaltung bereits getroffen hatten, zur Kenntnis. Von den streikenden Kollegen ist bereits ein Teil anderweitig untergebracht und auch der Rest dürfte im Laufe einiger Tage Arbeit erhalten. Dem Gesangsverein der Porzellanarbeiter, welcher bereits zu verschiedenen Gelegenheiten seine Tätigkeit in den den Dienst der Zahlstelle gestellt hat, werden 20 Mk. aus dem Unterstützungsfond bewilligt. Das Mitglied Wendler wird wegen grober Verstöße gegen die kollektiven Pflichten als auch gegen die Verbandsinteressen ausgeschlossen und soll dementsprechend Antrag bei dem Vorstand gestellt werden. An der Hand eines kürzlich einem Kollegen betroffenen Falles, weist der Vorsitzende darauf hin, daß es zweckmäßig sei, wenn die arbeitslos werdenden Mitglieder sofort ihre freiwillige Mitgliedschaft in der Ortskrankenkasse anmelden würden, da nach den

neuen Bestimmungen die Kasse nur noch 8 Wochen nach dem Ausschneiden haftbar ist und zwar muß die Meldung binnen 8 Tagen erfolgt sein, wenn sie Gültigkeit haben soll. Der in Frage kommende Kollege ist durch Unterlassung der freiwilligen Anmeldung in schwere Bedrängnis geraten, da er weder Arbeitslosen- noch Krankenunterstützung erhalten kann. Zur Maiseier weist der Vorsitzende darauf hin, daß dieses Mal die Verwaltung von allen Zwangsmaßnahmen Abstand genommen hat, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt und die üblichen Vorwände bei Nichtbesuch der Versammlung fortfallen. Die Vertretung in der Gewerkschaftskommission wird nach dem Vorschlag der Verwaltung in Zukunft nicht mehr durch einen besonderen Delegierten sondern durch den Vorsitzenden und in dessen Behinderung durch andere Verwaltungsmitglieder ausgeübt werden. Den Vorstand der Amesse betreffend, bittet der Kassierer ihm rechtzeitig Adressenänderungen bekannt zu geben. Hierauf folgt der Bericht des Arbeitsnachweises für das 1. Quartal 1904. Arbeitslos waren 49 Personen, offene Stellen waren 55 von welchen 51 besetzt werden konnten. Der Arbeitsvermittler giebt hierbei nähere Aufklärung warum die anderen Stellen nicht besetzt wurden. In einem Falle wird sich die Lohnkommission mit der Anwesenheit beschäftigen. Arbeitslos waren die eingeschriebenen Kollegen insgesamt 1218 Tage was einen Lohnverlust von 6065 Mk. entspricht. Auf das einzelne Mitglied entfallen 128,78 Mk. Verlust. Zur Statistik wird angeregt, daß in Zukunft die Personen und Anzahl der Fälle besonders aufgeführt werden. Unter Verschiedenem giebt der Vorsitzende einen längeren Bericht über verschiedene Störungen, an welchen er teilgenommen hat und in welchen diverse allgemein interessierende Fragen besprochen wurden. In der Diskussion wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, mehr als bisher sich der politischen Organisation anzuschließen und auch dafür zu sorgen, daß die Frauen mit aufgeklärt würden.

Unterweilbach. In dem der Schriftführer nicht anwesend, wird als provisorischer Schriftführer Genosse Karl Bärtschneider gewählt. Nach dem Einkassieren der Beiträge und dem Verlesen der Mitgliederliste, rügt der Vorsitzende den schlechten Versammlungsbesuch. Es sollte angenommen werden können, daß die Behandlung und Entlohnung der Porzellanarbeiter in hiesiger Gegend dieselben von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugen müßten. Leider ist das Gegenteil zu konstatieren. Je schlechter die Lebensverhältnisse werden, desto indifferenter werden die „Porzelliner“. Anstatt für die Organisation zu werben, melden sich noch einige ältere Mitglieder ab; anstatt durch die Kraft der Organisation eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage anzustreben, glauben die Einzelnen durch Fleiß und Speichelleckerei sich die Gunst des Unternehmers zu erwerben und damit ihr Heil zu erreichen. Hoffentlich werden die hiesigen Kollegen sich in Zukunft doch noch eines Besseren besinnen.

Wunsiedel. In der am 28. April 1904 stattgehabten Versammlung wurde nach Verlesung des Protokolls zu Punkt „Geschäftliches“ geschritten und unter anderem zwei Einladungen z. vom Vorsitzenden verlesen, sowie auch die Mitglieder aufgefordert, sich an der am 25. April im „Weißen Lamm“ stattfindenden Versammlung mit dem Vortrag über die „Alters- und Invalidenversicherung“ (Ref. G. Dorn-Mürnberg) vollzählig zu beteiligen. Die mit den statistischen Fragebogen rückständigen Mitglieder sollen aufgefordert werden, dieselben unverzüglich an den Kassierer abzuliefern, wiedrigenfalls sie die Folgen zu tragen haben. Betreffs Veröffentlichung der Protokolle wurde beschlossen, dies wie bisher weiter zu tun. Ferner machte sich infolge der Kündigung des jetzigen Kassierers eine Nachwahl nötig und wurde mit der weiteren Kassenführung der frühere Kassierer G. Pöhlmann betraut. Derselbe betonte aber zugleich, daß er strikte nach dem Statut verfahren und die Abschlüsse pünktlich absenden wird, worin ihm auch die Unterstützung der Gesamtverwaltung zugesichert wurde. Die Mitglieder mögen sich danach richten und genau nach dem Statut halten, damit der alte Scheldrian in der Zahlstelle endlich einmal verschwindet. Mit der Wahl des Kassierers wurde der Posten eines Revisors frei und hierzu Genosse G. Blechschmidt ernannt. Nunmehr erstattete der Vorsitzende den Kartellbericht von Markt-Redwitz und entwickelte sich darüber lebhaftest Diskussion. In erster Linie wurde betont, daß die Verhandlungen betreffs der Wunsiedeler Versammlungsberichte in der „A.“ keine sachlichen waren, da sich alles mehr auf das Persönliche hinaus zuspitzte. Es wurde betont, daß die Minorität vergewaltigt worden wäre, indem sie keinen Schutz genoss und allen persönlichen Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt war. Eine Verteidigung war unmöglich. Besprochen wurden noch einige Vorwürfe gegen ein Mitglied und denselben anheimgegeben, um der Sache auf den Grund zu kommen selbige möglichst bald zu klären resp. gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Des weiteren wurde

beantragt, angesichts der oben erwähnten Fälle den Austritt aus dem Kartell zu bekräftigen, was auch zum Beschluß erhoben wurde. Ferner wurde beschlossen, zur Feier des 1. Mai nachmittags bei G. Fritsch (Königshöhe) eine gesellige Unterhaltung abzuhalten und werden die Mitglieder ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Unter „Wünsche und Anträge“ wurde noch Verschiedenes über die Entlassung des bisherigen Kassierers gesprochen und den Mitgliedern Vorsicht geboten. Hierauf schließt der Vorsitzende um 10 Uhr die Versammlung.

Adressen-Nachtrag.

Frankfurt a. M. - Offenbach. Beis.: Karl Weber, Maler, Offenbach, Bernadstr. 91.
Köln. Vorl.: Jean Kirffgen, Köln, Kyffhäuserstraße 81. Agit.-Vertrauensm.: August Gerhards, Köln-Indenhof, Bachemerstr. 218.
Schlierbach. Schriftf. Heinrich Gröll, Former. Bibliothekar Heinrich Morfel.
Schramberg. Rev.: Josef Bantke, Maler, Bahnhofstr. 48.
Untermhaus. Vorl.: Paul Kägel, Gießer, Debschwich, Dfstr. 9a.

Sterbetafel.

Gera. Theodor Rottmann, geb. am 8. Januar 1862, gest. am 22. April 1904 an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 81 Wochen 8 Tage. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.
Untermhaus. Alb. Franz, Dreher, geb. am 6. Februar 1869, gest. am 28. April 1904 an Lungentuberkulose. Krankheitsdauer 27 Wochen. Mitglied des Verbandes.
Waldenburg. Karl Hoffmann, Dreher, geb. am 5. Dezember 1846 zu Dittersbach, gest. am 26. April 1904 an der Porzellinerkrankheit. Krankheitsdauer 28 Wochen 2 Tage. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Wittenberg. Sonntag, 8. Mai, abends 8 Uhr bei Fürstenberg. Wegen Fertigstellung des Abschlusses sind sämtliche Reste bis dahin zu begleichen.
Witzberg. Sonnabend, den 14. Mai, abends 1/8 Uhr im Vereinslokal.
Berlin II. Sonnabend, den 14. Mai, punkt 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I, Vortrag über „Zwei Monate auf den kanarischen Inseln“. Vortragender: Herr Mich. Laube-Beipzig. Geschäftliches. Verschiedenes.
Berlin II. Montag, den 7. Mai, bei Wollschläger, Albalberstr. 21, Verwaltungssitzung.
Charlottenburg. Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Herrn Dr. Borchardt.
Döbeln. Sonnabend, 14. Mai, abends 8 Uhr bei Hempel. Wichtige Tagesordnung. Bücher sind mitzubringen. Erscheinen Aller ist notwendig.
Eigersburg. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr in Jants Garten. Quartalsabschluss.
Frankfurt a. M. - Offenbach. Sonnabend, den 7. Mai, abends 1/9 im Restaurant Bobbeschänkechen, Krimmer Gäßchen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Bibliothekbücher sind mitzubringen.
Geringswalde. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Schweizerhaus“. Quartalsabschluss.
Gotha. Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr im Restaurant zur Erholung.
Gernsdorf. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“.
Ilmenau. Sonnabend, 7. Mai, im „Erbprinzen“. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Kahla. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr im „Rosengarten“.
Köln. Dienstag, 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal bei Abels, Bahnenstraße. Vortrag des Genossen Labor. Erscheinen Aller nötig. Gäste willkommen.
Magdeburg-Neustadt. Sonnabend, 14. Mai, abends 8 Uhr bei Bartels, Fabrikenstraße. Dasselbe Vortrag über: „Genossenschaftswesen“.
Markt-Redwitz. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“ des Herrn Bang.
Neuselwitz. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
München. Sonnabend, 7. Mai im Vereinslokal. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt nötig.

Pöfen. Sonnabend, 7. Mai bei Marginske, Fabrikstr. 6. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen. Erscheinen Aller wegen wichtiger Tagesordnung notwendig.

Pöschappel. Sonnabend, 14. Mai Zahlabend im „Deutschen Haus“ statt am 21. Mai. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Regensburg. Sonntag, 8. Mai bei Dechant.

Röhlau. Montag, 9. Mai, abends punkt 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Spandau. Sonnabend, 7. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Suhl. Sonntag, 8. Mai, Nachmittags 3 Uhr in Heidersbach im Thüringer Hof. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Tiefenfurt. Sonnabend, 7. Mai, abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Unterhaus. Sonnabend, 14. Mai, abends 8 Uhr im Restaurant „Waldhorn“.

Bohenstrauß. Sonnabend, 7. Mai im Vereinslokal. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Weißwasser O. L. Sonnabend, den 7. Mai, abends 8 Uhr im Café Zentral. Die Lohnstatistiken sind vorzulegen.

Berlin II.

Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I

Versammlung mit Frauen.

1. Vortrag des Herrn Richard Laube-Leipzig, „Zwei Monate auf den kanarischen Inseln“.
2. Vortrag mit circa 100 Lichtbildern.
3. Geschäftliches.
3. Verschiedenes.

Die Versammlung muß des Vortrages wegen pünktlich eröffnet werden.

Die Mitglieder der ausliegenden Zahlstellen sind hierdurch ebenfalls eingeladen.

Die Verwaltung.

Porzellanarbeiter Dresden!

Sonnabend, den 7. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr

öffentliche

Versammlung

im Volkshaus (Zimmer 6 u. 7).

Tages-Ordnung:

1. Das Recht des Arbeiters nach dem Arbeitsvertrage. Ref.: Herr Strachberg.
2. Gewerkschaftliches.

Achtung!

Achtung!

2. Agitationsbezirk

Vorort Wittenberg.

Am Sonntag, den 8. Mai, Vormittags 11 Uhr findet im Gasthof „Zur Krone“ in Köhlau die diesjährige

Vertrauensmänner-Konferenz

statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten und der Agitationskommission.
2. Stellungnahme zum Beihilfefond.
3. Wie soll die Agitation sich in Zukunft gestalten?
4. Anträge und Verschiedenes.

Die Vertrauensmänner folgender Orte: Annaburg, Elsterwerda, Lützen, Köhlau, Magdeburg-Neustadt, Magdeburg-Buckau, Althaldensleben und Neuhaldensleben werden hierdurch eingeladen, pünktlich und vollzählig erscheinen zu wollen.

Die Agitationskommission.

R. Stang.

NB. Die Vorsitzenden obiger Zahlstellen werden freundlichst ersucht, soweit als möglich an der Konferenz teilzunehmen.

10. Agitationsbezirk

Vorort Unterweißbach.

Sonntag, den 8. Mai, mittags 1 Uhr

Vertrauensmänner-Konferenz.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der in nächster Zeit stattfindenden Agitationstour einer Referentin im 7., 10. und 11. Bezirk.
2. Stand der Zahlstellen und Diskussion.
3. Referat des Gen. Hoffmann-Ilmenau über: „Die Hausindustrie“.

Achtung!

Achtung!

12. Agitationsbezirk

Vorort Güttensteinach.

Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal „Zur Himmelsleiter“, in Coburg

Vertrauensmänner-Konferenz.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission und der Delegierten.
2. Wie soll in Zukunft agitiert werden?
3. Aus welchem Grund wurden die Zahlstellen Neuhaus a. Rhg. und Neustadt aufgelöst?
4. Verschiedenes.

Die Vertrauensmänner von Coburg, Neustadt bei Coburg, Köppelsdorf, Oberlind, Güttensteinach, Güttengrund und Neuhaus a. Rhg. werden hierdurch höflichst eingeladen.

Achtung!

Mhlen. Mitglieder, welche die Absicht haben bei der Firma S. Kerkmann sen. (welche jetzt unter der bekannten Leitung von Gräßel u. Co. aus Uedendorf steht) in Stellung zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher an den Vertrauensmann Max Böffel, Sittenmayer 1, zu wenden.

Köppelsdorf. Den Mitgliedern hiesiger Zahlstelle zur Kenntnis, daß der Abschluß bestimmt am 8. Mai fertig gestellt wird. Derartige Stundungsgesuche, wie bei vorigem Abschluß, finden keine Berücksichtigung. Der Kassierer.

Oberlind. Ersuche sämtliche Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, selbige bis zum 7. Mai zu bezahlen, da ich bestimmt am 8. Mai den Abschluß fertig stelle. Auch werden diejenigen Mitglieder, welche die Lohnstatistik von 1903 noch nicht abgegeben haben, zur Abgabe aufgefordert. G. Höfing, Kassierer.

Unterhaus. Diejenigen Mitglieder, welche noch im Rückstande mit den Extrabeiträgen und ordentlichen Beiträgen sind, ersuche ich bis spätestens den 14. Mai zu begleichen. Ohne die Statistik von 1904 nehme ich keine Beiträge entgegen. Der Kassierer.

Wilda-Pöfen. Für das Mitglied Benzell Hoffmann zur Anschaffung eines künstlichen Beines gingen bei mir folgende Beiträge ein: von der Zahlstelle Annaburg M. 5,—; Köln-Chrenfeld 10,—; Gotha 10,—; Burgau 8,—; Magdeburg-Neustadt 14,15; Meißen 4,70. Bereits quittiert 34,— M. In Summa 82,85 M. Den Gebern besten Dank. Weitere Sendungen nimmt entgegen. Wilh. Krüger, Pöfen O., Flottwellstr. 10a III.

Arbeitsmarkt.

(Interessenten wollen gefl. davon Notiz nehmen, daß Inserate für den Arbeitsmarkt kostenlos aufgenommen werden.)

Ein erfahrener Einbrenner

in dauernde Stellung bei gutem Lohn gesucht von Sächsisch-Böhmische Glasraffinerie von Robert Andromsky, Bischofswerda i. S.

Junger, durchaus tüchtiger

Maler und Drucker,

in beiden Fächern flott und sauber arbeitend, wünscht seine Stellung zu verändern. Am liebsten in einem Emailterwerk der Geschirrbbranche. Offerten unter N. S. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

2 Porzellanmaler

welche bereits in Militärjahren gearbeitet haben, gesucht. Paul Klisch, Glas- und Porzellanmaler, Coblenz a. Rhett.

Maler,

welcher längere Jahre in einer Steingutfabrik beschäftigt war, sucht Stellung, am liebsten in Unter- und Glasurmalerei mit Federverguldung. Offert. unter „Unterglasur“ an die Exped. d. Bl. erbeten.

Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

Soeben ist wieder neu erschienen:

Führer durch das Gewerbe-

Unfallversicherungsgesetz

Preis 25 Pfg. — Porto 3 Pfg.

Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherten, denen es Leiter und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherte sein Recht suchen muß.

Der Verlag:

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.

So schnell  **Werd ich bei jedem sein,** der **GOLD** u. alle Abfälle  **schickt zu Hammermüller**  **Reelle Bed.** **Preis!** **HH. Nieder-Planitz i./S. Zwickauer Str. 86.**

Goldschmiedere,

verdioktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Man verlange Prospekto. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Alle goldhaltigen Sachen

 **Kaufe Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen. Beste Bedienung.**  **Otto Seifert**  **Zwickau S. Osterwehstr. 18**

Goldschmiedere sowie alle goldhaltigen Sachen kauft **Otto Hamann, Ebersfeld, Flensburgerstr. 5.**

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Mäpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.**

Quittung über eingesandte freiwillige Gelder vom 29. März bis 30. April 1904.

Arzberg 4,60. Bonn 7,40. Buckau 5,67. Charlottenburg 14,40. Duisburg 1,20. Farge 18,74. Frankfurt a. M. 12,68. Gaggenu 6,72. Gotha 21,08. Lützen 7,18. Margarethenhütte 9,22. Mitterteich —,58. Neustadt b. Coburg —,60. Nymphenburg 7,20. Regensburg 1,44. Köhlau 2,75. Tiefenfurt 50,—. Wesel 6,75. Schneidex-Nürnberg 6,—. Verband der Buchdrucker, Zahlstelle Wittenberg 10,—. Verband der Lederarbeiter, Zahlstelle Wandsbach 20,—. Verband der Tapetierer, Zahlstelle Königsberg 20,—. Gewerkschaftskartelle: Wiesfeld 2. und 3. Rate 329,—. Burg b. Magdeburg 3. Rate 10,—. Charlottenburg 3. Rate 100,—. Camin-Pommern 8,45. Durlach 50,—. Hamn 48,95. Hof 2. Rate 42,50. Ilmenau 16,80. Konstanz 9,76. Krefeld 2. Rate 60,—. München-Gladbach 20,—. Offenburg 10,—. Pirmasens 2. Rate 50,40. Köhlau 2. Rate 7,—. Spandau 5. und 6. Rate 68,55. Stenbal 28,—. Stuttgart 5. Rate 200,—. Verden (Aller) 2. Rate 20,—. Wismar 25,80,—. Wunsiedel 3. Rate 24,65. Weißwasser 2. Rate 20,—.

Wilhelm Herden, Verbandskassierer. Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Herausgegeben vom Verbanne der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **G. Wollmann, Charlottenburg, Rosinenstraße 3.** Druck u. Verlag: **Otto Gorte, Charlottenburg, Markt. 69**

Rechnungs-Abschluß

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter pro 1. Quartal 1904.

Einnahme	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse		
	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.		Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	
An Kassenbestand pro 4. Quartal 1903	—	—	—	—	1744	09	472	45	Per Mehrausgabe v. 4. Quartal 1903	6502	88	—	—	—	—	—	—	
„ Einwendungen der Zahlstellen	27069	28	3460	94	4684	82	—	—	„ Aushilfe an die Zahlstellen	11171	11	—	—	1513	99	—	—	
„ Privatabonnements	—	—	308	20	—	—	—	—	„ Gerichts- und Rechtsanwalts- kosten	577	53	—	—	—	—	—	—	
„ Inzerate	—	—	119	80	—	—	—	—	„ Unterstützung an den öster- reichisch. Verband zurückgez.	51	61	—	—	—	—	—	—	
„ Kautionen	—	—	—	—	—	—	516	51	„ Beiträge an die Generalkom- mission	386	16	—	—	—	—	—	—	
„ Zinsen	822	75	—	—	30	—	113	50	„ Kosten der Beschickung des Gewerkschaftskongresses	15	10	—	—	—	—	—	—	
„ Verkaufte Wertpapiere	20988	60	—	—	—	—	—	—	„ Reisegehälter und Diäten	254	25	—	—	—	—	—	—	
„ Zurückgezahlte Rechtsschutz- kosten	45	70	—	—	—	—	—	—	„ Agitation	186	25	—	—	—	—	—	—	
„ Von der hiesigen Gewerkschafts- kommission	6000	—	—	—	—	—	—	—	„ Druckkosten der „Ameise“	—	—	2711	40	—	—	—	—	
„ Darlehen vom österreichischen Verband zurückhalten	858	24	—	—	—	—	—	—	„ Autorenhonorar	—	—	47	—	—	—	—	—	
„ Sonstige Einnahmen	—	65	—	—	—	—	—	—	„ Zeitungsabonnement	—	—	15	98	—	—	—	—	
									„ Expeditionsporto	—	—	653	31	—	—	—	—	
									„ Kautionen	—	—	—	—	—	—	—	486	46
									„ Kautionszinsen	—	—	—	—	—	—	—	9	60
									„ Gehälter	1950	—	333	30	—	—	—	—	—
									„ Sitzungsentwädigung	164	55	—	—	—	—	—	—	—
									„ Entschädigung der Revisoren	12	40	—	—	—	—	—	—	—
									„ Porto	273	83	6	66	—	—	—	—	—
									„ Bureauentwädigung	13	40	—	—	—	—	—	—	—
									„ Bureaubedarf und -Material	1388	60	—	—	—	—	—	—	—
									„ Bureau-Mobiliar	51	25	—	—	—	—	—	—	—
									„ Drucksachen	47	75	—	—	—	—	—	—	—
									„ Buchbinderarbeiten	14	50	—	—	—	—	—	—	—
									„ Packmaterial	—	—	42	70	—	—	—	—	—
									„ Depotgebühren	21	—	—	—	—	4	—	—	12
									„ Bureauante	118	75	—	—	—	—	—	—	—
									„ Bureaureinigung	51	85	—	—	—	—	—	—	—
									„ Beleuchtung	22	96	—	—	—	—	—	—	—
									„ Versicherungsbeiträge	88	88	19	44	—	—	—	—	—
									„ Sonstige Ausgaben	9	—	—	—	—	—	—	—	—
									Summa	23272	61	3829	79	1517	99	458	06	
									Saldo	32507	56	59	15	4890	42	644	40	
									Summa	55780	17	3888	94	6408	41	1102	46	

Gesamt-Vermögen	Verbandskasse		Organkasse		Beihilfefond		Kautionskasse	
	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.
8% Reichsanleihe	2000	—	—	—	2000	—	5000	—
3 1/2% Reichsanleihe	—	—	—	—	—	—	2200	—
Darlehen an den böhmischen Verband	6912	92	—	—	—	—	—	—
Kassenbestand der Hauptkassen	32507	56	59	15	4890	42	644	40
Kassenbestand der Zahlstellen	5235	18	—	—	3144	78	—	—
Summa	46655	61	59	15	10035	20	7844	40

	Am Schluß des		Rück- gang
	3. Quart. 1903	4. Quart. 1903	
Zahlstellen	141	140	1
Mitgliederzahl des Verbandes	8404	7982	422
Mitgliederbestand d. Beihilfefonds	1780	1546	234

Revidiert und für richtig befunden.
Charlottenburg, den 30. April 1904.
Germann Jacob, Max Bressen, Robert Mattner.

Charlottenburg, den 1. April 1904.
Wilhelm Herden,
Verbandskassierer.

Rechnungs-Abschluß für den Streikfond pro 1. Quartal 1904.

Einnahme	Mr.		Pf.		Ausgabe	Mr.		Pf.	
An Bestand vom 4. Quart 1903	5815	95	—	—	Per Unterstützung nach Leitau	8186	26	—	—
„ Einwendungen von den Zahlstellen	8767	22	—	—	„ „ „ „ Schlierbach	36588	44	—	—
„ Einwendungen von den Zentralverbänden	5874	30	—	—					
„ Einwendungen von Zahlstellen der Zentral- verbände	339	—	—	—					
„ Einwendungen von den Gewerkschafts- kartellen	28088	65	—	—					
„ Einwendungen von den Wahlvereinen und dem Parteivorstand	5418	50	—	—					
„ Sonstige Einwendungen	2216	88	—	—					
Summa	51515	—	—	—	Summa	44769	70	—	—
					Bestand	6745	30	—	—
					Summa	51515	—	—	—

Revidiert und für richtig befunden.
Charlottenburg, den 30. April 1904.
Germann Jacob, Max Bressen, Robert Mattner.

Charlottenburg, den 1. April 1904.
Wilhelm Herden,
Verbandskassierer.